

**Rede von Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB, Vorsitzender der FDP-
Bundestagsfraktion, auf dem Dreikönigstreffen
am 6. Januar 2002 in Stuttgart**

Arbeit, Bildung, Verantwortung

Die FDP startet in ein wichtiges Wahljahr. Die Menschen erwarten überzeugende Auskünfte zu politischen Zielen, klare Haltung in der Sache und einen vertrauensbildenden Charakter von Politik.

Bildungspolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, arbeitsmarktpolitisch und steuerpolitisch sind wir entschiedener, klarer und moderner als alle anderen Konkurrenten. Außenpolitisch sind wir einfach erfahrener und verlässlicher und kalkulierbarer. Wir wollen uns jetzt daran machen, die ausschlaggebende Kraft für die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl zu werden, um Deutschland wieder nach vorn zu bringen.

Die Koalitionsaussage wollen wir offen halten. Und das völlig zu Recht. Koalitionen sind keine Veranstaltungen, bei denen nur die Sitze zusammengezählt werden, um dabei zu sein. Eine der größten Volkswirtschaften der Welt wieder flott zu machen, Beschäftigungsdynamik zu erzeugen und mit Lernen und Forschen Deutschland international wieder zur Spitze zu bringen, das ist ein lohnendes Ziel. Wir brauchen dazu aber eine andere Politik in Deutschland. Wir werden sehen, wer dazu willens und in der Lage ist. Billiganbieter wie die Grünen sind wir nicht.

Die FDP war Vorreiter für viele der heute politisch dominanten Themen. Von der Steuersenkung über die Privatisierung bis zur Neuordnung der Altersvorsorge. Von der Gesundheitspolitik über wettbewerblichen Föderalismus bis hin zur Leistungsbereitschaft und Wettbewerb in Schulen und Hochschulen. Von der Europapolitik mit der Reform der europäischen Union bis hin zur Osterweiterung. Als der frühere Ministerpräsident Schröder noch vom Euro als politischer Frühgeburt sprach, haben wir diese Währung begründet. Als die Grünen noch aus der NATO austreten wollten, haben wir für die Zukunft dieses Werte- und Sicherheitsbündnisses freiheitlicher Demokratien gestritten.

Fast alle entscheidenden Themen wurden von der Freien Demokratischen Partei teilweise vor mehr als einem Jahrzehnt gegen den hef-

04.01.2002

tigen Widerstand der Sozialdemokraten und den inhaltlichen Widerstand aus CDU/CSU in die politische Debatte gebracht.

Die FDP hat dafür Prügel bekommen von der deutschen Linken, von den Gewerkschaften und von den Besitzstandswahrern in allen Lagern. Beharrung fand im übrigen auch in der deutschen Medienlandschaft viel mehr öffentliche Zustimmung als notwendige rechtzeitige Veränderungen. Nun brechen diejenigen, die sich mit dem Status quo so lange arrangieren wollten, auf immer dünner werdendem Eis politisch ein. Und diejenigen, die bisher erklärt haben, wir, die Freien Demokraten müßten unsere Position revidieren, müssen jetzt auf unsere Position zugehen. Sozialdemokraten, gleich welcher Couleur, sind mit ihren Rezepten am Ende und die viel geschmähten Neoliberalen stehen in einer Renaissance.

Die letzte Bastion wird in diesem Jahr geschleift werden: die Gesundheitspolitik der Sozialdemokraten, die eine Zwei-Klassen-Medizin verhindern wollte und sie doch gerade geschaffen hat. Es wird auch nicht mehr lange dauern, bis Bischofskonferenzen akzeptieren müssen, daß Eltern zwar keinen Rechtsanspruch auf ein gesundes Kind haben, wohl aber ein Menschenrecht, danach zu streben und daß sich eine Frau sehr wohl vertretbarer medizinischer Möglichkeiten vergewissern darf. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände werden von dem Flächentarif alter Art Abschied nehmen müssen. Tun sie es nicht, wird er vor ihren eigenen Augen durch Verbandsflucht in sich zusammenbrechen, weil er unter Realitätsverlust leidet.

Deutschland kommt einfach nicht umhin, den Großteil seiner politischen und gesellschaftlichen Systeme und Strukturen, darunter die sozialen, die fiskalischen, die föderalen, von Grund auf zu renovieren und auf die neuen Realitäten umzustellen. Das erfordert eine Neuorientierung aller auf kollektives Kostgängertum angelegten gesellschaftlichen Denkweisen, Einrichtungen und Prozesse, die in unserem Land noch zu häufig den Ton angeben. Das beginnende Jahr verlangt die Wiederbelebung der Kultur der Verantwortungsbereitschaft, der Leistungsbereitschaft von der Schule über den Arbeitsplatz bis hinein ins hohe Lebensalter.

Nur eine solche Haltung erzeugt im übrigen auch eine starke Währung. Der Euro wird nur stabil und erfolgreich, wenn die europäischen Gesellschaften Leistungsbereitschaft und Qualität ausstrahlen. Die DM ist auch nicht allein durch die Existenz der Bundesbank hart

04.01.2002

geworden, sondern durch die Einstellung und den Aufbauwillen einer Generation vor uns, der wir zu Dank verpflichtet sind, die uns eine Chance mitgegeben hat, die genutzt oder auch verspielt werden kann. Es wird darauf ankommen, ein Bewußtsein für diese Chance und ihre Anforderung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen. Wir haben alle Chancen, wenn wir den Willen haben, sie zu nutzen. Und den haben wir.

Drei Sachverhalte werfen ein Schlaglicht auf die Situation Deutschlands und zeigen auf Anstrengungen, die wir unternehmen müssen:

Deutschland liegt, wie die viel berichtete Pisa-Studie für Deutschlands Schulen zeigt, im letzten Drittel unserer Welt bei Kompetenzen in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften.

Deutschland erwartet wieder rund 4 Mio. Arbeitslose bei 1,5 Mio. offenen Stellen, die anscheinend nicht besetzt werden können.

Der Bundeskanzler hielt die Vertrauensfrage für erforderlich, um die SPD und die Grünen zur Einhaltung der Bündnisverpflichtungen zu veranlassen, die umgekehrt jahrzehntelang unsere Freiheit gesichert hatte.

Nach Schätzungen der Weltbank verdanken die reichen Länder 2/3 ihrer Wertschöpfung dem humanen Kapital. Den Menschen, die leistungs- und qualifizierungsbereit sind. Politische, wirtschaftliche und demokratische Stabilität wandert zu und wandert mit Wissensgesellschaften. Stammplätze gibt es nicht mehr. Es gibt Auf- und Absteiger.

Weniger als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in Deutschland löst Mathematikaufgaben, die zum Lehrplan gehören, mit ausreichender Sicherheit. Bei den naturwissenschaftlichen Kenntnissen sieht es nicht besser aus. 42 % der Schülerinnen und Schüler in Deutschland lesen nicht zum Vergnügen. Sie entwickeln nicht ein Mindestmaß an Lesekompetenz als die Fähigkeit, gelernte Texte zu verstehen, über sie nachzudenken und mit ihnen für sich selbst etwas anfangen zu können.

PISA bezeichnet nicht nur den schiefen Elfenbeinturm unserer Wissenschaftslandschaft. Es geht auch nicht um eine reine Steigerung der Bildungsausgaben. Es geht auch nicht nur um mehr Unterricht. Es geht auch nicht um den Lehrplan allein oder um Schulsysteme, obwohl die Gesamtschule wirklich nicht das gehalten hat, was man

04.01.2002

sich von ihr versprach. Es geht um Kompetenzen. Es geht um Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen in der Schule vermittelt und Haltungen im Elternhaus grundgelegt werden. Es geht um die Entwicklung einer Kultur des Lernens.

Man braucht eben etwas, an dem es sich abzumühen lohnt. Man muß einüben, worauf es im Leben ankommt. Auf Genauigkeit, auf Ordnungssinn, auf Einfallsreichtum, auf Durchhaltevermögen. Auf die Fähigkeit, auf sich allein gestellt sein Ziel zu erreichen und auch auf das Talent, sich mit anderen zusammenzutun, um mit ihnen gemeinsam etwas Großes zu erreichen.

Früher nannte man das Allgemeinbildung, danach sprach man abschätzig von Sekundärtugenden, inzwischen nennt man es Schlüsselqualifikation.

"Nichts von dem, was katalogartig immer beschrieben wird, läßt sich im direkten Zugriff erobern. Weder die Kreativität, noch die soziale Kompetenz, weder die Teamfähigkeit noch das problemlösende Denken." Originalität, Neugier, Phantasie, Einfallsreichtum, Unbefangenheit, das alles muß sehr früh grundgelegt werden. Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der Schule ist die eine Seite. Eltern aber auch zu sagen, daß die Formulierung des Grundgesetzes, wonach Erziehung Recht und Pflicht der Eltern ist, auch die Pflicht einschließt, die andere. Ein Mindestmaß an zivilisatorischen Tugenden darf als Mitgift des Elternhauses erwartet werden. Wenn darauf nicht beharrlich hingearbeitet wird, kann sich Deutschland im weltweiten Wettbewerb nicht behaupten.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist enttäuschend verlaufen. Die Arbeitslosenzahl geht hoch, die Anzahl neuer Arbeitsplätze blieb bescheiden, das Wachstumsziel ist unbefriedigend, die deutsche Volkswirtschaft trägt die rote Laterne in der Europäischen Union.

Der Sachverständigenrat stellt dazu fest:

"Daß die größte europäische Volkswirtschaft, die eigentlich prädestiniert erscheint, ein Schrittmacher der europäischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung zu sein, nicht die anderen zieht, sondern gewissermaßen von draußen geschoben werden muß, und daß in einer Phase der allgemeinen Konjunkturschwäche die gesamtwirtschaftliche Aktivität hierzulande stärker an Schwung verliert als in den übrigen Mitgliedsländern, ist ein Befund, der Zweifel an der Effizienz der für die wirtschaftlichen Entscheidungen maßgeblichen Anreizsysteme hierzulande nahelegt."

04.01.2002

Das tut der Bundeskanzler aber gerade nicht, und die SPD will es nicht. Der Bundeskanzler richtet seinen Blick auf die amerikanische Wirtschaft, von der er sonst überhaupt nichts hält, jetzt aber alles erhofft. Dazu sagt der Sachverständigenrat auch das Passende:

Da wir ja bekanntlich 18 % erreichen wollen, sollten wir eine solche Haltung auch volkstümlich beschreiben. Unser alter Landarzt im Vogelsberg sagte zu Patienten in solchen Situationen immer: "Geliebt, gelebt, geraucht, gesoffen und alles dann vom Doktor hoffen" und empfahl eine Änderung liebgewordener Gewohnheiten. Das empfehlen wir Rot-Grün auch.

Der Arbeitsmarkt muß entfesselt statt weiter stranguliert werden. Die Steuern und Abgaben müssen gesenkt statt weiter erhöht werden. Die Selbständigkeit muß gefördert statt gesetzlich behindert werden. Die Betriebe brauchen tarifpolitische Maßanzüge und keine Konfektionsware. Es muß ein Ende haben mit einer Politik, die die Menschen immer mehr an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindert.

Der Bundeskanzler hat den Wunsch geäußert, ihn und seine politischen Leistungen an Hand der Zahl der Arbeitslosen zu bewerten. Wir kommen seinem Wunsch auch dieses Jahr wieder gern nach. Die vier Millionen Arbeitslosen, Herr Bundeskanzler, das sind jetzt Ihre Arbeitslosen. Angetreten mit großen Sprüchen zum Thema soziale Gerechtigkeit, garantiert Ihre Regierung allenfalls den gleichberechtigten Zugang ins Arbeitsamt. Und Ihre Verbündeten im Kampf, die Gewerkschaften, denen Sie noch ein neues Betriebsverfassungsgesetz als Morgengaben für die Unterstützung bei der Bundestagswahl präsentiert haben, bearbeiten Sie mit unverantwortlich hohen Lohnforderungen. Das sind nur noch die Vertreter derjenigen, die Arbeit haben, und nicht derjenigen, die Arbeit suchen.

Die Vereinigten Staaten sind die einzig verbliebene Weltmacht. Jedenfalls für eine absehbare Zeit, auch wenn sich anderswo regionale Konstellationen mit weiteren Kräfteschwerpunkten andeuten. In Amerika leben 4,5 % der Weltbevölkerung. Sein Anteil an globalen Bruttozialprodukten beträgt ungefähr 30 %. Seine militärische Überlegenheit ist ohne Beispiel. 36 % aller Militärausgaben der Welt gingen im letzten Jahr wurden durch das Pentagon getätigt. Für die Streitkräfte geben die Vereinigten Staaten von Nordamerika soviel aus, wie die nächsten neun Staaten in der Rangliste der Rüstungsausgaben zusammen. Die USA hat 40 % der Internetverbindungen, 70 %

04.01.2002

der Nobelpreisträger seit 1975 kommen aus den Vereinigten Staaten.

Amerika hat deshalb auch viele Gegner, die ihm seine überragende Stellung, seine Leistungsfähigkeit, seine kommerzielle, seine von manchen so verstandene kulturelle Überlegenheit übelnehmen. Es gibt viele Gruppen auf dieser Welt, die sie als Bedrohung empfinden.

Die Unverzichtbare Frage an die Kritiker ist aber auch, warum sie in ihren Gesellschaften, in ihren Führungseliten überall auf der Welt nicht vergleichbaren wirtschaftlichen Erfolg, nicht vergleichbare Chancen, nicht vergleichbare Beschäftigungsdynamik, nicht vergleichbare Anstrengungen zustande bekommen. Es sind nicht immer die anderen oder die Umstände schuld.

Die Globalisierung, die viele für Konflikte verantwortlich machen und für Armut, ist im übrigen eine Chance und kein Schicksal. Diejenigen, die sich ihr verschließen, mißachten meistens die Menschenrechte, sorgen für keinen sozialen Ausgleich und verlieren an Wettbewerbsfähigkeit. Unter den unfreiesten Wirtschaften sind die größten Menschenrechtsverletzer, sie mißregieren ihre Wirtschaft ohne Ende, vernichten damit soziale Chancen und schließen die Bürgerinnen und Bürger von der Teilhabe aus. Nicht weltweit um sich greifende Marktwirtschaft, sondern Mangel an Markt und freiem Handel korreliert mit Mangel an Freiheit und ist die Ursache für die Probleme vieler Länder.

" Es ist nicht unser Krieg, es ist Amerikas Krieg, ein dunkler Krieg mit dunklen Motivationen und verborgenen Zielen", schrieb ein Stern-Kolumnist zu Afghanistan. "Alles geht einmal zu Ende", erwidert ein anderer im Spiegel zu diesen Zeilen, "nur die deutsche Unschuld nicht". Es gibt neuerdings viele, die jetzt die neuen Chancen der Frauen in Afghanistan begrüßen, aber sich gegen militärische Interventionen aussprachen und wochenlang die politischen Herrgottswinkel in einschlägigen Medien zierten, bis sie durch den politischen Rohrstock der Vertrauensfrage plötzlich Demut offenbarten.

Militärische Mittel konnten nie die Lösung für Afghanistan sein. Darüber brauchte die Bundestagsfraktion der FDP keine gewissenpolitischen Belehrungen. Aber ohne den Einsatz von Militär wären weder humanitäre Hilfsmaßnahmen möglich geworden, noch wäre das menschenverachtende Talibanregime von der Macht vertrieben worden. Ziel muß es jetzt sein, Rahmenbedingungen für ein stabiles, freiheitliches Afghanistan zu schaffen.

04.01.2002

Durch die Terrorattacken gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Bedeutung von Antworten auf die globalen Herausforderungen noch offenkundiger geworden. Entwicklungspolitik, Umweltschutz, die Bekämpfung der internationalen Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels, die Probleme der Migration, des Flüchtlingselends, der Verteilung von Wasser, der Rüstungsproliferation. Sicherheitspolitik ist längst über ihre militärpolitische Dimension hinaus gewachsen.

Die Vereinten Nationen sind bei diesen Herausforderungen als zentrales weltinnenpolitisches Instrument alternativlos. Die politische Zuwendung der USA zur Weltorganisation, die Zahlung der rückständigen Beiträge, die Verleihung des Friedensnobelpreises an Kofi Annan und die seit Mazedonien gewährleistete politische Funktionsfähigkeit des Sicherheitsrates bieten zusammen mit dem neuen weltpolitischen Aufbruch gegen den Terrorismus eine große Chance für die weitere Stärkung der Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen.

Die Stärkung der Vereinten Nationen liegt im deutschen Interesse. Die europäische Integration, der Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Export von Stabilität durch eine aktive Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik und die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen freien Welthandel ist ohne ernsthafte Alternative.

In Europa geht es um die Überwindung der Teilung Europas, um die europäische Orientierung der Europäer selbst. Deshalb ist die Osterweiterung nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine europäische Identitätsfrage. Deshalb muß die Europäische Union das Momentum der sich abzeichnenden Erfolge des Demokratisierungsprozesses in Südosteuropa dazu nutzen, eine umfassende Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Südosteuropa zu initiieren. Es geht nicht nur um den infrastrukturellen Wiederaufbau. Es geht insgesamt um eine europäische Orientierung, eine nachhaltige Kultur der Toleranz, die Chance zur Rückkehr von Flüchtlingen, vertrauensbildende Maßnahmen, Respektierung von Grenzen.

Die EU sollte an der Seite der Vereinten Staaten von Nordamerika keinen Zweifel daran lassen, daß sie das staatliche Existenzrecht Israels ausdrücklich und unbestritten nicht nur anerkennt, sondern für unabdingbar hält. Aus dieser Haltung heraus kann die Europäische Union und kann auch Deutschland zugleich offen und klar sagen, daß ein lebensfähiger Staat Palästina zugleich auch beste Sicher-

04.01.2002

heitsgarantie für Israel selbst sein kann. Palästinensische Gewalttäter müssen ihre terroristischen Anschläge endlich beenden. Sie können nicht hingenommen werden. Und Israel muß seine Siedlungspolitik endlich korrigieren. Sie ist nicht akzeptabel. Die FDP ist davon überzeugt, daß alle Konfliktbeteiligten und Nachbarn in einen Verhandlungsprozeß gebracht werden müssen, wie ihn die KSZE für Europa gezeigt hat.

Mit der Erklärung des Bündnisfalles nach dem 11. September 2001 ist auch für die letzten Zweifler deutlich geworden, daß die NATO nicht ein Relikt des Kalten Krieges, sondern der sicherheitspolitische Arm der Wertegemeinschaft demokratischer Staaten ist. Sie sollte sich dann allerdings bei militärischen Operationen nicht in Einzelteile zerlegen, sondern als Ganzes gemeinsam handeln. Die europäischen Mitgliedstaaten der NATO sollten an diesem Willen auch gegenüber den USA keinen Zweifel lassen und ihre Ernsthaftigkeit als Partner auch durch den Aufbau einer eigenen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität unterstreichen.

Die Ernsthaftigkeit bedeutet die klare Finanzierung einer Rapid Reaction Force von 60.000 Soldaten mit Logistik, Aufklärungs- und Transportkapazität auf europäischer Ebene und für Deutschland eine anständige Finanzierung der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist in ihrer jetzigen Personalstärke zu hoch, in ihrer Einsatzfähigkeit zu niedrig, in ihrer Transportkapazität geringer als die ihres Oberbefehlshabers und in ihrer Finanzierung und politischen Führung miserabel. Die Wehrpflicht ist mit diesem Budget und mit fehlender Wehrgerechtigkeit nicht mehr zu halten, neue Fähigkeiten und neue Lagen erfordern neue Entscheidungen.

Die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten unterliegt nicht mehr der Dramatisierung wie in Zeiten des Kalten Krieges. Europa und auch Deutschland gehen in eine Art interessengeleitete Normalität. Deutschland und auch Europa fehlt es nicht an internationalem Potential. Oft aber an strategischer Orientierung und rechtzeitigen Entscheidungen. Europa hat weltpolitisch meistens überhaupt noch nicht laufen gelernt. Europa braucht die USA, und auch eine singuläre Supermacht wie die USA braucht eine begleitende Abstützung. Die Bindung mit den Vereinigten Staaten und die Europäische Union bleiben für uns Staatsräson.

Deutschland muß zwei Fehler außen- und sicherheitspolitisch vermeiden: es sollte sich nicht größer machen, als es ist, aber auch

04.01.2002

nicht kleiner. Deutschland sollte international mit Partnern den Beitrag leisten, den es leisten kann und der von ihm auch erwartet wird. Dabei müssen die Prinzipien und Werte, die aufgeklärten Interessen und Werte, die für sein innerstaatliches verfassungsgebundenes Handeln gelten, auch die bestimmenden Werte in seiner internationalen Verantwortung sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist die Richtschnur für deutsche Außenpolitik.

Wir werden sehen, wer dazu willens und in der Lage ist. Jetzt wollen wir uns erst einmal daran machen, die ausschlaggebende Kraft für die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl zu werden. Wenn wir es wollen, dann werden wir es auch schaffen, und wir wollen es.

Ihnen allen, Ihren Familie, Freunden und Bekannten ein gesundes und erfolgreiches 2002.